



Aichach



Info 03/22

Krieg in der Ukraine

Krieg in Europa – Deutschland hat zwar nichts zu melden, hat aber mitgemacht bei einer fahrlässigen Konfrontation dort, wo Ausgleich, Neutralität, Verflechtung und ein Auskommen das Maß jeder Politik hätten sein müssen.

Es ist aller Ehren wert, denjenigen nun zu helfen, die fliehen müssen und Schutz suchen. Bloß klar muss sein: Das Abpuffern von Not ist keine starke Position, sondern das, was denen zu tun übrigbleibt, die nichts verhindern und nichts entscheiden können. Pro Ukraine hier, pro Russland dort – solche Entscheidung ist nicht sinnvoll, denn auf den Krieg wurde von beiden Seiten hingearbeitet.

Die EU und die NATO sind de facto in den Krieg in der Ukraine eingetreten. Ganz Europa macht bereitwillig mobil, um eine lokale Auseinandersetzung in einen Weltkrieg zu verwandeln. Die jetzt vor unseren Augen stattfindende immer hemmungslosere Entfesselung des Kriegs ist kein Zufall, sondern wurde von den Globalisten von langer Hand geplant. Gender-Gaga in der Bundeswehr und hilfloses Anstrahlen des Brandenburger Tores in den ukrainischen Nationalfarben sowie Sanktionen, die der eigenen Bevölkerung mehr Opfer aufbürden als der Kriegspartei Russland sollten unsere Politiker schamrot werden lassen.



Paul Traxl ist Vorsitzender des AfD Kreisverbands Aichach- Friedberg und 2. Vorsitzender des Ortsverbands Aichach u. Umgebung. Er ist verheiratet und hat 11 Kinder. Wir stellen ihn im Innenteil vor.



Friedberg



F: Hallo Paul, du bist inzwischen 73 Jahre alt und immer noch als Arzt und Zahnarzt in Vollzeit tätig. Du warst schon früher politisch interessiert und Mitglied der FDP. Richtig aktiv wurdest Du im Sommer 2013 mit Eintritt in die AfD. Was hat dich damals dazu bewegt?

A: Mich störte, dass ständig der EURO gerettet werden musste und dabei deutsche Steuergelder nach Südeuropa umverteilt wurden. Deutschland litt immer mehr unter der ausufernden EU-Bürokratie und dem ununterbrochenen Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen aus Afrika und dem Nahen Osten. Die Rezepte der Grünen, der Linken und der SPD waren ein Programm für die beschleunigte Talfahrt Deutschlands. Aber auch die FDP und die CDU/CSU boten keine Lösungen mehr, dafür hatte vor allem Frau Merkel gesorgt. 2013 erschien die AfD mit einem stimmigen und vernünftigen Programm.

F: Wie hat sich die Situation seitdem verändert?

A: Die desaströse deutsche Politik führte zu großen Erfolgen der AfD, besonders in der Ex-DDR, wo die totalitäre Politik der SED noch gut in Erinnerung ist. Die inneren Probleme der neugegründeten AfD und das feindliche Tromelfeuer der Kartellparteien und Medien führten in den letzten Jahren zu einer Stagnation. Doch die Geschichte ist damit nicht zu Ende. Die Probleme werden so schwerwiegend werden, dass

ein neuer Aufschwung der AfD zu erwarten ist. Die AfD ist die einzige Partei, die sich gegen die katastrophale Politik der Abschaffung Deutschlands stellt. Beispiele dieser Politik sind die Grenzöffnung 2015, die Energiewende und die Corona-Maßnahmen – das alles beschädigt unsere Heimat und wird uns teuer zu stehen kommen. Wie die Montagsspaziergänge zeigen, erkennen immer mehr, dass es Zeit ist, das Ruder herumzureißen.

F: Was ist der Standpunkt der AfD in der jetzigen Ukraine-Krise?

A: Hier ist meine persönliche Einschätzung der Situation. Putin hat am 24.2.22 einen Krieg mit unabsehbaren Folgen begonnen – das halte ich für politisch und moralisch falsch. Die Ursachen des Konflikts aber sind vielschichtig: das ständige Vordringen der NATO nach Osten war ein Affront Russlands und verstärkte dort das Gefühl der Bedrohung. Die durch einen Putsch 2014 installierte ukrainische Regierung ging auf Konfrontationskurs, erfüllte das Minsker Abkommen nicht und führt seit 7 Jahren Krieg gegen die russischen Einwohner des Donbass. Eine Lösung kann nur sein : die Ukraine bleibt selbständig aber neutral – darauf sollte die deutsche Politik hinarbeiten. Wir müssen uns der Kriegspropaganda entgegenstellen, und hoffen, dass dieser Konflikt nicht zu einer Katastrophe für Europa wird.



Mering



Die ARD-Tagesschau meldet, dass die **Reallöhne** der Beschäftigten in Deutschland zum zweiten Mal in Folge gesunken sind. Die **Inflation** hat die Zuwächse der Bruttolöhne komplett aufgezehrt. Auch wenn die Politik nun teilweise Betroffenheit zur Schau stellt: Die Preissteigerungen sind zu einem erheblichen Teil politisch gemacht. Denn die EZB Geldpolitik hat die Grundlage für die durchschlagende Inflation gelegt. Hinzu kommen die unverhältnismäßigen **Corona-Maßnahmen** und ihre Auswirkungen. Der Stopp von Nord Stream 2 oder die **Abschaltung von Kern- und Kohlekraftwerken** kommen hinzu. All dies wirkt preistreibend. Im Kern sprechen wir über früh kritisierte Fehlentscheidungen verantwortlicher Politiker. Wegen explodierender Erzeugerpreise zeichnet sich nun ein weiterer Anstieg der Verbraucherpreise ab.

Landwirte brauchen uns! im Januar war die AfD zum trad. Agrarpolitischen Jahresauftakt des Deutschen Bauernverbandes eingeladen. Stephan Prottschka (MdB) thematisierte den hohen Flächenverbrauch in Deutschland und die Gefährdung der Ernährungssicherheit. In den letzten 30 Jahren wurden etwa 1,4 Millionen Hektar beste Agrarflächen durch Verbauung vernichtet. Das entspricht ungefähr der gesamten Ackerfläche Baden-Württembergs. Das bedeutet, dass wir bei wachsender Be-

völkerung immer weniger Fläche zur Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung haben. Auf die Frage, wie wir mit immer weniger landwirtschaftlich nutzbarem Boden immer mehr Menschen ernähren wollen, hat die Bundesregierung keine Antwort. Unser Ziel muss es sein, die Agrarflächen vor einer weiteren Verbauung zu schützen und keine weitere Verschandelung der Landwirtschaft durch Wind- und Sonnenkraftindustrieanlagen zu zulassen.

Das Verwaltungsgericht Köln beschloss im März 2021 dass der **Verfassungsschutz** die AfD bis zur Entscheidung im Hauptverfahren nicht beobachten darf. Am 8. und 9. März 2022 steht nun die Hauptverhandlung in Köln an. Die AfD kann schwere fachliche und methodische Fehler im Verfahren aufzeigen. Wir stellen klar, dass ein Einstehen für unser Volk, wie dies vom Grundgesetz festgehalten wird, selbstverständlich im Einklang mit dem Grundgesetz steht. Und wir belegen dass „7.000“ Rechtsextremisten in der AfD nicht plausibel sind.

Deutschlands neuer Vizekanzler!

„Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wurde mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“

Robert Habeck (Grüne)

Quelle: Sein eigenes Buch
"Patriotismus - Ein linkes Plädoyer"





Aindling



Der Landkreis Aichach-Friedberg trifft in Abstimmung mit der Regierung von Schwaben Vorbereitungen für die **Unterbringung von Flüchtlinge aus der Ukraine**. Erste Schutzsuchenden aus der Ukraine sind bereits im Landkreis Augsburg angekommen, weitere werden erwartet. Leider nutzen nun auch vermehrt Wirtschaftsflüchtlinge aus Syrien und den arabischen Ländern diesen Umweg um in den Genuss unseres Sozialsystems zu kommen.

Wer Wohnmöglichkeiten zur Anmietung für die Unterbringung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine anbieten möchte, kann unter 08251 92 4817 anrufen oder an ukraine@lra-aic-fdb.de eine E-Mail schreiben.

Amerikanische Politiker sind um moralisch überhöhte Rhetorik selten verlegen. Das gilt auch für **Sanktionen** Russlands. Nur: Die USA selbst haben wenig Probleme mit **russischen Energielieferungen**. Aktuelle Zahlen der US-Energiestatistik-Behörde EIA zufolge wächst das Volumen russischer Rohöllieferungen in die USA von Jahr zu Jahr. Russland belegt mittlerweile Platz drei unter den Öllieferanten der USA.

Neues **Infektionsschutzgesetz im Hausrückverfahren**: Am 20. März endet die Rechtsgrundlage für die Corona Maßnahmen. Ein neues Gesetz soll innerhalb von drei Tagen durch den Bundestag gepeitscht und die Anhörung vorgezogen werden. Die Opposition ist zu Recht empört. Die Koalition will einen Entwurf erst am 9. März im Kabinett beschließen. Dieser soll am 16. März dem Parlament vorgelegt und ohne vorherige Debatte zur Beratung an den Gesundheitsausschuss überwiesen werden. Für die nötige zweite und dritte Lesung des Entwurfs ist am 18. März eine 70-minütige Debatte mit anschließender Abstimmung vorgesehen. In dieser kurzen Zeit kann überhaupt kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren durchgeführt werden!

Krankenkassenbetriebswirt Schöfbeck ist seit 21 Jahren Vorstand der BKK Pro Vita mit Sitz in München. Da er seinen Versicherten verpflichtet ist machte er Daten öffentlich: „Es wäre ethisch falsch, nicht über die zahlreichen Nebenwirkungen zu sprechen.“ Nun ist er **fristlos gekündigt...**